IPB Policy Briefs (2/2026)

Was Kommunen für die Starkregen- und Hochwasservorsorge von Anwohner*innen, Landwirt*innen und Stadtrat lernen können

Highlights

1. Erfahrungen mit Hochwasser schärfen das Risikobewusstsein, doch mit den Jahren verblasst die Erinnerung daran. Auch Betroffene, die bereits ihr Gebäude gegen Hochwasser abgesichert haben, planen kaum weitere Schritte, weil Kosten, fehlendes Wissen und das Gefühl, ohnehin wenig ändern zu können, sie bremsen.
2. Anwohner*innen wollen wissen, wie gefährdet ihr eigenes Haus ist und was sie selbst zur Vorbeugung, bei einer Warnung und im Ernstfall tun können, und sie vertrauen dabei am meisten Feuerwehr, Behörden und Polizei, die dadurch ein geeigneter Absender für Informationen rund um das Thema Vorsorge und Krisenunterstützung sind.
3. Ob Landwirt*innen eine Klimaanpassungsmaßnahe wie eine Bachrenaturierung mittragen, hängt vor allem davon ab, ob sie Verfahren und Ausgleich als fair erleben und früh in den Prozess einbezogen werden; Ersatzflächen sind ihnen dabei wichtiger als Geld.

Prof. Dr. Cornelia Betsch, Dr. Sabine Best, Sarah Pelull & Kohorte 2025 des Masterstudiengangs Gesundheitskommunikation (Institute for Planetary Health Behaviour, Universität Erfurt).

Das IPB-Team dankt der Kohorte 2025: Julia Aichele, Rebecca Antwi, Teresa Becker, Anne Brockmann, Carina Brockmann, Celina Classen, Leonie Denner, Katharina Deubel, Nora Dreger, Ann-Katrin Engel, Laura Fedaravicius, Paul Fischer, Josepha Gladitz, Anna Grüter, Anastasia Helmschrot, Stine Hinsch, Laura Klotz, Alena Knychalla, Meret Meyring, Magdalena Müller, Jule-Marie Nebendahl, Maria Nikolajczyk, Anna-Maria Piskac, Julia Reiner, Jacob Schillo, Lisa Steinhaeuser, Elena Weiskopf, Lilly Wendt.

Wir bedanken uns außerdem für die freundliche Unterstützung von Bürgermeister Jan Schönfeld und Karsten Schmidt, dem Klimaanpassungsmanager der Stadt Kahla, sowie bei allen Personen, die für Gespräche zur Verfügung standen und an den Online-Studien teilgenommen haben.

Zitationsvorschlag: Betsch, C., Best, S., Pelull, S. & Kohorte 2025 des Masterstudiengangs Gesundheitskommunikation. (2026). Was Kommunen für die Starkregen- und Hochwasservorsorge von Anwohner*innen, Landwirt*innen und Stadtrat lernen können. Universität Erfurt.

UNIVERSITÄT ERFURT
Institute for Planetary Health Behaviour

Was Kommunen für die Starkregen- und Hochwasservorsorge von Anwohner*innen, Landwirt*innen und Stadtrat lernen können 3

KONTEXT 3

ZUSAMMENFASSUNG DER ZENTRALEN BEFUNDE 3

EMPFEHLUNGEN 5

Kommunikation: Risiko konkret machen und Handlungswege zeigen 5

Erinnerung wachhalten und mit Informationen über Vorsorgemöglichkeiten verbinden 5

Beteiligung als Vorsorgeinstrument nutzen 6

Landwirtschaft frühzeitig beteiligen 6

Verwaltung als verlässlichen Partner in der Krisenvorsorge etablieren 6

Psychosoziale Nachsorge anbieten 6

Die Originalberichte können Sie unter ipb@uni-erfurt.de erfragen.

Weitere Policy Briefs finden Sie unter https://www.uni-erfurt.de/institute-for-planetary-health-behaviour/wissenschaftskommunikation/veroeffentlichungen/ipb-policy-briefs (siehe QR code).

Was Kommunen für die Starkregen- und Hochwasservorsorge von Anwohner*innen, Landwirt*innen und Stadtrat lernen können

KONTEXT

Die Stadt Kahla hat ihre Klima-Anpassungsstrategie im Sommer 2026 gemeinsam mit der Universität Erfurt um sozial- und verhaltenswissenschaftliche Forschung ergänzt. Ziel war es, die Perspektiven derjenigen einzubeziehen, die potenzielle Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel mittragen sollen. Studentische Forschungsgruppen aus dem Master Gesundheitskommunikation der Universität Erfurt führten dazu Interviews mit Bürger*innen, Stadtratsmitgliedern und Landwirt*innen vornehmlich in Kahla und entlang der Saale und ergänzten diese um vier deutschlandweite Online-Experimente mit zusammen fast 900 Teilnehmenden. Zwei Gruppen befassten sich mit der Akzeptanz einer möglichen Bachrenaturierung bei Landwirten und im Stadtrat Kahla, zwei mit Risikowahrnehmung und Informationsverhalten der Bevölkerung. Dieser Brief fasst ihre Ergebnisse und Schlussfolgerungen zusammen.

ZUSAMMENFASSUNG DER ZENTRALEN BEFUNDE

Erfahrungen mit Hochwasser oder Starkregen prägen die Risikowahrnehmung, verblassen aber mit der Zeit. Über alle befragte Gruppen hinweg speist sich das Gefahrenbewusstsein vor allem aus dem eigenen Erleben. Betroffene berichten von starken Emotionen während vergangener Hochwasserereignisse wie Hilflosigkeit, Weinen und Erschöpfung sowie schlechtem Schlaf; einige sehen bei sich keine psychischen Folgen. Einige Betroffene beschreiben eine leichte, bis heute spürbare Belastung mit Gedankenkreisen. Mit Blick auf künftige Ereignisse fürchten mehrere Befragte weniger den materiellen Schaden als den Verlust dessen, woran ihr Herz hängt. Mit wachsendem zeitlichem Abstand tritt das Risiko jedoch in den Hintergrund und wird nur situativ durch Warnungen, Starkregen oder Medienberichte reaktiviert. Die Befragten führen das selbst auf Hoffnung, Gewöhnung und psychischen Selbstschutz zurück.

Erhöhte Risikowahrnehmung oder Erfahrung führt nicht automatisch zu Vorsorge. Einige befragte Betroffene in Kahla haben Schutzvorkehrungen getroffen, wie stärkere Pumpen, Abdichten des Kellers oder Abschließen einer Elementarschadenversicherung. Weitere, teurere bauliche Schritte plant aber kaum jemand. Als Barrieren wirken Kosten, fehlendes Wissen über geeignete Maßnahmen, ein als gering empfundener eigener Handlungsspielraum und die Hoffnung, künftig verschont zu bleiben. Hinzu kommt bewusste Informationsvermeidung: Nichtwissen entlastet, auch aus Sorge, feststellen zu müssen, dass die eigene Vorsorge nicht ausreicht oder da man ohnehin nichts ändern könne. Dass nicht mehr Informationen gesucht werden wir oft auch damit begründet, schon zu wissen, was zu tun ist

Gewünscht werden konkrete Informationen zur Betroffenheit des eigenen Hauses und zum eigenen Handeln. Die Befragten wollen konkret wissen, wie gefährdet ihr Gebäude ist, was sie selbst tun und an wen sie sich wenden können. Vermisst werden konkrete Leitfäden und Orientierung durch die Stadt, ein lokales Unterstützungsnetzwerk sowie verlässliche Warnhinweise. Das größte Vertrauen genießen Feuerwehr, Behörden und Polizei. Die Bewertung der städtischen Maßnahmen fällt gespalten aus (hier: Kahla, Thüringen), und die

Erfahrungen mit finanzieller Soforthilfe reichen von unkomplizierter Antragstellung bis zur Wahrnehmung von gar keiner Unterstützung. Ob das an den Verfahren, am Zugang zu Informationen oder an den Einzelfällen lag, lässt sich aus den Interviews nicht klären.

Fairness und Beteiligung entscheiden über Akzeptanz bei Flächenmaßnahmen. Die interviewten Landwirt*innen sind gut über Flächenmaßnahmen zur Klimaanpassung informiert, halten Renaturierung als Hochwasserschutz aber überwiegend für wenig wirksam. Ausschlaggebend für höhere Akzeptanz ist die empfundene Fairness des Ausgleichs, wobei Ersatzflächen zur Weiterbewirtschaftung deutlich eher bevorzugt werden als Geld, das als kurzfristig und unsicher gilt. Ein bundesweites Experiment mit 308 Landwirt*innen stützt das: Wurden in einem fiktiven Fall ein faires Verfahren und ein fairer Ausgleich beschrieben, lag die Zustimmung etwas höher als ohne diese Information. Auch mit diesen Informationen blieb die Zustimmung im mittleren Bereich. In den Interviews wünschten sich Landwirt*innen, von Anfang an einbezogen zu werden statt Maßnahmen nur akzeptieren zu müssen.

Im Stadtrat von Kahla dominieren Pragmatismus und geteilte Verantwortung. Bei der Bewertung des Themas Hochwasserschutz zählt vor allem die persönliche Erfahrung mit Hochwasser. Naturbasierte Lösungen werden technischen Schutzbauten (bspw. Wasserwall) vorgezogen, zugleich werden deren praktische Grenzen benannt. Alle Befragten behandeln Hochwasserschutz als Sache des gesunden Menschenverstands und nicht als politisches Streitthema; Teile hielten die Begriffe Klima und Klimaschutz für ideologisch aufgeladen. Auch das Bestreiten eines Handlungsbedarfs galt als ideologisch motiviert. Der Handlungsbedarf ist unstrittig, es wird aber auch auf eine geteilte Verantwortung mit Land, Bund und den Kommunen flussaufwärts verwiesen. Die Ratsmitglieder fühlen sich gut informiert. Was die Umsetzung bremst, sind nach ihrer Darstellung Finanzierung, rechtliche Vorgaben und ungeklärte Zuständigkeiten. Den Konflikt mit der Landwirtschaft sehen alle. Einige wollen ihn über Gespräche und Ausgleich lösen, andere halten notfalls Eingriffe bis hin zur Enteignung für gerechtfertigt.

Zur Einordnung der wissenschaftlichen Ergebnisse. Die Befunde beruhen auf kleinen, nicht repräsentativen Stichproben mit freiwilliger Teilnahme; gerade Menschen, die Informationen zum Thema meiden, dürften unterrepräsentiert sein. Die convenience-Online-Stichproben der Allgemeinbevölkerung waren jung, überwiegend weiblich, hoch gebildet und politisch eher links, und mehrere Experimente erreichten nicht die geplante Größe. Die Rückblicke auf Hochwasserereignisse in Kahla 1994 und 2013 können durch Erinnerungsverschiebungen geprägt sein, und die Online-Experimente erfassen Reaktionen auf Szenarien, nicht tatsächliches Verhalten. Die Ergebnisse zeigen Perspektiven, Bedürfnisse und Hürden vor Ort, erlauben aber keine Aussagen darüber, wie verbreitet einzelne Sichtweisen in Kahla oder Deutschland insgesamt sind. Trotz dieser Einschränkungen bieten die Befunde wertvolle Anhaltspunkte, um künftige Kommunikation und die kommenden Maßnahmen so zu gestalten, dass sie die Bedürfnisse Betroffener mit einbeziehen.

EMPFEHLUNGEN

Kommunikation: Risiko konkret machen und Handlungswege zeigen

- Für den konkreten Hochwasser- oder Starkregenfall:
    - Wir empfehlen einen Leitfaden der Stadt oder Kommune, der drei Fragen beantwortet: Was tue ich heute zur Vorsorge, was bei einer Warnung, was in der akuten Situation? Er sollte Ansprechpartner*innen, Telefonnummern und Ausgabestellen für Sandsäcke nennen.
    - Viele Bewohner*innen können nicht einschätzen, wie gefährdet ihr eigenes Haus ist. Eine leicht verständliche Karte, die zeigt, welche Straßen bei welchem Pegel oder Starkregen betroffen wären, kann hier helfen. Der Leitfaden sollte außerdem klar trennen, was Haushalte selbst tun können und was Aufgabe der Stadt und anderer Stellen ist.
    - Als Absender eignen sich Feuerwehr, Behörden und Polizei, denen die Befragten am meisten vertrauten.
    - Informationen sollten zeigen, was eine Maßnahme konkret bewirkt, wie man mit kleinen machbaren Schritten beginnen kann und ausdrücklich sagen, dass unvollständige Vorsorge besser ist als keine.
- Für die Kommunikation rund um Anpassungsmaßnahmen wie eine Bachrenaturierung:
    - Im Stadtrat ist es hilfreich, vom konkreten örtlichen Problem und seiner Lösung auszugehen; "Starkregen- und Hochwasservorsorge" ist dort anschlussfähiger als "Klimaanpassung". Von der Wortwahl allein sollte man aber wenig erwarten. Im Experiment mit 255 Personen machte es keinen Unterschied, ob die Renaturierung als Klimaanpassung, Heimatschutz oder Eigentumsschutz beschrieben wurde, und mehrere Betroffene und Stadträte in Kahla stellen den Bezug zum Klimawandel selbst her.
    - Bei der Gestaltung der Maßnahme sollte ein fairer Interessenausgleich von Beginn an mitgeplant werden.
    - Die Fairness, der Nutzen der Maßnahme und die Wirksamkeit sollten verständlich kommuniziert werden, da sie die Akzeptanz der Maßnahme beeinflussen.

Erinnerung wachhalten und mit Informationen über Vorsorgemöglichkeiten verbinden

- Die Risikowahrnehmung verblasst mit der Zeit. Daran erinnern könnten z.B. Jahrestage von 1994 und 2013 und sichtbare Pegelmarken im Stadtbild. Örtliche und eigene Bezüge sind dabei vermutlich wirksamer als allgemeine Schilderungen.
- Erinnerung an die Ereignisse mit Hinweisen zu Vorsorgemöglichkeiten verbinden, um Selbstwirksamkeit zu stärken.
- Gute Zeitpunkte für Information sind Unwetterwarnungen, Hitzeperioden mit Gewitterrisiko und Berichte über Hochwasser anderswo, etwa im Ahrtal, weil die Aufmerksamkeit dann ohnehin steigt.

Beteiligung als Vorsorgeinstrument nutzen

- Bei den Landwirt*innen war der Wunsch, einbezogen zu werden, das stärkste Thema, und auch unter den Betroffenen in Kahla vermissen einige die Beteiligung der Bürgerschaft am Hochwasserschutzkonzept. Eine Beteiligung Betroffener im Schutzkonzept kann als Austauschformat dienen, bestehende Erfahrungen abrufen und dabei helfen, Maßnahmen passgenauer zuzuschneiden. Bei Landwirt*innen ging die Beschreibung eines fairen Verfahrens mit Mitsprache und Ausgleich mit höherer Akzeptanz einher.
- Der Zusammenhalt in der Nachbarschaft existiert, bleibt aber auf die unmittelbare Nachbarschaft beschränkt. Es lohnt darüber nachzudenken, wie im Ernstfall diese Hilfe gesichert und breiter aufgestellt werden könnte, etwa über ein formalisiertes lokales Unterstützungsnetzwerk.
- Eine sichtbare Dokumentation städtischer Maßnahmen kann zeigen, was bereits umgesetzt wurde und was nicht, und was in Planung ist.

Landwirtschaft frühzeitig beteiligen

- Für Landwirt*innen ist Fairness der stärkste Hebel für Akzeptanz, beim Ausgleich ebenso wie beim Verfahren.
- Alternativflächen werden vor Geldentschädigung bevorzugt: Der Bedarf ist Weiterbewirtschaftung, nicht zwingend ein finanzieller Ausgleich. D.h. ein aktiver Flächenpool bzw. Tauschflächenmanagement erscheinen als kommunale Aufgabe relevant. Es empfiehlt sich, den lokalen Bedarf in partizipativen Formaten zu eruieren.
- Landwirt*innen sollten früh und persönlich einbezogen werden, nicht erst über eine schriftliche Einspruchsfrist.

Verwaltung als verlässlichen Partner in der Krisenvorsorge etablieren

- Eine benannte Anlaufstelle und ein einheitlicher, dokumentierter Prozess für Soforthilfen können das Abrufen der Hilfen erleichtern.
- Auf Beratungsangebote für Elementarschadenversicherung hinweisen bzw. diese einrichten.
- Eine regelmäßige Pflege der Bäche im Stadtgebiet kann ein sichtbares Vorsorge-Signal setzen und zeigt, dass die Stadt handelt.
- Erwägen, ob eine kommunale Kooperation angestoßen werden kann und andere Kommunen beim Hochwasserschutz mitziehen können.

Psychosoziale Nachsorge anbieten

- Einige Betroffene berichten von einer Belastung durch früheres Hochwasser, die bis heute nachwirkt. Ein niedrigschwelliges Gesprächsangebot nach Ereignissen sollte eingeplant werden, zum Beispiel über Hinweise auf bestehende Beratungsstellen.
- Vorsorgetipps für den Schutz persönlicher Erinnerungsstücke ergänzen, falls noch nicht vorhanden.